

# DR. JULIA DUCHROW

GENERALSEKRETÄRIN

AMNESTY INTERNATIONAL . Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

An den  
Bundeskanzler  
Herrn Olaf Scholz  
Bundeskanzleramt  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin



T: +49 30 420248-600 . F: +49 30 420248-630  
E: [generalsekretariat@amnesty.de](mailto:generalsekretariat@amnesty.de) . W: [www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

Berlin, den 14.03.2024

## DIE BUNDESREGIERUNG MUSS DRINGEND DIE FINANZIERUNG VON UNRWA FORTSETZEN

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Olaf Scholz,

ich schreibe Ihnen, um die große Besorgnis von Amnesty International in Deutschland über die fortgesetzte Aussetzung der Finanzierung des Palästinenser-Hilfswerks der Vereinten Nationen (UNRWA) durch die Bundesregierung zum Ausdruck zu bringen. Ich appelliere in aller Dringlichkeit an Sie, die Finanzierung des UNRWA unverzüglich wieder aufzunehmen, um eine Verschlimmerung des Leidens von mehr als zwei Millionen Palästinenser\*innen im besetzten Gazastreifen zu vermeiden, die derzeit von einer Hungersnot und – dem Internationalen Gerichtshof zufolge – dem realen Risiko eines möglichen Völkermordes bedroht sind.

Wir sind uns der Schwere der von der israelischen Regierung gegen die UNRWA erhobenen Anschuldigungen bewusst. Die Anschuldigungen gegen 12 der 30.000 UNRWA-Mitarbeiter\*innen, von denen 13.000 im Gazastreifen tätig sind, an den völkerrechtlichen Verbrechen, einschließlich Kriegsverbrechen, gegen die Menschen in Südisrael am 7. Oktober beteiligt gewesen zu sein, sind gravierend.

Wir verurteilen in aller Deutlichkeit die brutalen Angriffe der Hamas und anderer bewaffneter Gruppen vom 7. Oktober, bei denen diese wahllos Raketen abgefeuert, Kämpfer in den Süden Israels geschickt und Kriegsverbrechen begangen haben. Nach Angaben der israelischen Behörden wurden mindestens 1.139 Menschen getötet und mehr als 240 Menschen, überwiegend Zivilist\*innen, darunter 33 Kinder, von der Hamas und anderen bewaffneten Gruppen im Gazastreifen als Geiseln genommen. Die massenhaften, vorsätzlichen Tötungen von Zivilpersonen sowie die Entführungen und Geiselnahmen sowie der wahllose Raketenbeschuss auf Israel sind Kriegsverbrechen, die durch nichts zu rechtfertigen sind.

Gleichzeitig dürfen die am 7. Oktober von der Hamas begangenen Verbrechen nicht als Rechtfertigung für die kollektive Bestrafung von 2,2 Millionen Palästinenser\*innen im Gazastreifen dienen, die auf die kontinuierliche Arbeit der UNRWA angewiesen sind.

Wir begrüßen die Ankündigung der Europäischen Kommission vom 1. März 2024, eine erste Tranche von 50 Millionen Euro an die UNRWA auszuzahlen, nachdem eine Vereinbarung über die Durchführung eines Audits durch von der EU ernannte externe Expert\*innen verabschiedet wurde. Wir begrüßen auch die Entscheidung der schwedischen Regierung, die Finanzierung der UNRWA auf der Grundlage dieser Vereinbarung zwischen UNRWA und der Europäischen Kommission wieder aufzunehmen. Angesichts eben jener Vereinbarung über eine unabhängige und transparente Prüfung der UNRWA durch die Europäische Kommission sowie der anhaltenden Hungersnot und der von Menschen verursachten humanitären Krise, sind wir der Überzeugung, dass die Bundesregierung dem Beispiel Schwedens und der Europäischen Kommission unverzüglich folgen sollte.

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die UNRWA zehn der von den Vorwürfen betroffenen Mitarbeiter umgehend entlassen hat, die beiden anderen wurden bei israelischen Angriffen getötet. Das UN-Büro für interne Aufsicht (OIOS) hat ebenfalls umgehend eine Untersuchung der Vorwürfe eingeleitet, ebenso wie der UN-Generalsekretär.<sup>1</sup> Alle Beschuldigten müssen einer wirksamen, unabhängigen und transparenten Untersuchung unterzogen werden, und diejenigen, die nachweislich für Verbrechen im Sinne des Völkerrechts verantwortlich sind, müssen in Verfahren, die den internationalen Rechtsstandards entsprechen, zur Rechenschaft gezogen werden. Auf der Grundlage des Zwischenberichts des OIOS hat die kanadische Regierung in einem sehr begrüßenswerten Schritt vor kurzem die Finanzierung der UNRWA wieder aufgenommen und gleichzeitig betont, dass UNRWA Sofortmaßnahmen zur Stärkung von Aufsicht, Rechenschaftspflicht und Transparenz ergriffen hat.

Inmitten der humanitären Katastrophe in Gaza ist die Rolle der UNRWA bei der Bereitstellung von Hilfe, Nahrungsmitteln und Unterkünften unverzichtbar und lebensrettend. 1,7 Millionen Palästinenser\*innen im Gazastreifen sind Binnenvertriebene, fast eine Million von ihnen haben in überfüllten, von UNRWA betriebenen Schulen und Unterkünften Schutz gesucht. Mindestens 31.184 Palästinenser\*innen wurden seit dem 7. Oktober in Gaza getötet, darunter 158 UNRWA-Mitarbeiter\*innen. Nach Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums in Gaza werden über 10.000 Menschen unter den Trümmern vermisst und 72.889 wurden verletzt. 2,2 Millionen Menschen sind von einer künstlich herbeigeführten Hungersnot betroffen und haben keinen ausreichenden Zugang zu Nahrungsmitteln, sauberem Wasser, sanitären Einrichtungen und medizinischer Versorgung. Mindestens 21 Kinder sind bereits an Unterernährung und Dehydrierung gestorben. Eines von sechs Kindern im nördlichen Gazastreifen ist akut unterernährt. Mindestens 112 Palästinenser\*innen, die am 29. Februar 2024 verzweifelt nach Hilfe suchten, wurden getötet oder starben.

Eine Aussetzung der Finanzierung der UNRWA verschärft diese Situation noch weiter, zumal kein anderer humanitärer Akteur in der Lage ist, diese Lücke zu schließen. Die Leiter\*innen aller UN-Organisationen haben eindeutig erklärt, dass: "keine andere Organisation in der Lage [ist], den Umfang und die Menge der Hilfe zu leisten, die 2,2 Millionen Menschen im Gazastreifen dringend benötigen."<sup>2</sup> Diese Botschaft wurde auch von den wichtigsten humanitären Organisationen wiederholt.<sup>3</sup> Zuletzt auf der Tagung des Rates für "Auswärtige Angelegenheiten" am 19. Februar 2024, wo betonte wurde "dass die Einstellung der Unterstützung die Unterbrechung der lebenswichtigen Dienste bedeuten würde, die das Hilfswerk für die palästinensische Zivilbevölkerung nicht nur im Gazastreifen, sondern auch im Westjordanland, im Libanon und in Jordanien leistet."

Der Ansatz der Bundesregierung, humanitäre Mittel von UNRWA auf andere Organisationen umzuleiten, ist daher kein probater Weg, um den dringenden humanitären Bedürfnissen der Bevölkerung in Gaza gerecht zu werden. Die Bereitstellung zusätzlicher 27 Mio. Euro für andere humanitäre Organisationen durch Deutschland, die an sich ein positiver Schritt ist, kann die Aussetzung der Finanzierung für UNRWA nicht kompensieren.

Die Suspendierung der UNRWA-Finanzierung birgt auch die Gefahr, dass die Praxis der kollektiven Bestrafung von Palästinenser\*innen legitimiert wird. Die Verweigerung lebensrettender Hilfe für Millionen von Palästinenser\*innen aufgrund von Anschuldigungen gegen eine begrenzte Anzahl von UNRWA-

<sup>1</sup> United Nations, "Statement by the Secretary-General – on UNRWA", 5 February 2024, <https://www.un.org/sg/en/content/sg/statement/2024-02-05/statement-the-secretary-general-%E2%80%93-unrwa#:~:text=The%20Secretary%2DGeneral%2C%20in%20consultation,breaches%20when%20they%20are%20made>

<sup>2</sup> Inter-Agency Standing Committee, "Statement by Principals of the Inter-Agency Standing Committee: We cannot abandon the people of Gaza", 30 January 2024, <https://interagencystandingcommittee.org/inter-agency-standing-committee/statement-principals-inter-agency-standing-committee-we-cannot-abandon-people-gaza>

<sup>3</sup> Joint statement from NGOs, "Civilians are in crisis in Gaza – Donors must restore funds for UNRWA", 3 February 2024, <https://www.rescue.org/press-release/civilians-are-crisis-gaza-donors-must-restore-funds-unrwa>



Mitarbeitern wegen Handlungen, die nicht in den Bereich ihrer Beschäftigung fallen, würde der Zivilbevölkerung schweren Schaden zufügen und könnte einer kollektiven Bestrafung gleichkommen. Die israelischen Behörden haben wiederholt im Sinne der kollektiven Bestrafung der gesamten Bevölkerung in Gaza argumentiert, in dem sie ihre Verstöße gegen das Völkerrecht, einschließlich wahlloser Luftangriffe, der Blockade und der Verweigerung der Einfuhr von Nahrungsmitteln und Wasser für die Bevölkerung im Gazastreifen mit den Angriffen der Hamas und anderer bewaffneter Gruppen am 7. Oktober gerechtfertigt haben.<sup>4</sup>

Die Aussetzung der Finanzierung der UNRWA ist nach der **Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs** (IGH) vom 26. Januar im Fall Südafrika gegen Israel noch gravierender, da der IGH im Eilverfahren plausible Gründe dafür fand, dass Israel zumindest einige der durch die Völkermordkonvention verbotenen Handlungen begeht, und vorläufige Maßnahmen gegen Israel anordnete. Die Aussetzung der Finanzierung der UNRWA in einem Kontext, in dem es ernstzunehmende Anzeichen für das Risiko eines Völkermordes gibt, birgt die Gefahr, dass eben jene Tatbestände, die durch die Völkermordkonvention verhindert und bestraft werden sollen, erheblich verschlimmert werden.

Die Rolle der UNRWA ist nicht auf den besetzten Gazastreifen beschränkt. Das Hilfswerk erbringt wichtige Dienstleistungen für palästinensische Flüchtlinge im besetzten Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem, in Jordanien, Libanon und Syrien. Ohne die UNRWA hätten Millionen von Palästinenser\*innen keinen Zugang zu diesen Dienstleistungen. Trotz der Forderung nach einer Streichung der Mittel für die UNRWA hat sich Israel nicht dazu verpflichtet, diese Dienstleistungen in den von ihm besetzten Gebieten bereitzustellen, wie es das humanitäre Völkerrecht verlangt, sondern beschränkt weiterhin den Zugang zu wichtigen Dienstleistungen, nicht nur im Gazastreifen. Syrien, Jordanien und der Libanon befinden sich derzeit in einer Wirtschaftskrise und kommen ihren Verpflichtungen gegenüber den Flüchtlingen nachweislich nicht nach – auch in diesen Länderkontexten ist die Arbeit der UNRWA demnach unverzichtbar.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, wir beobachten mit großer Sorge, dass die einseitige Positionierung der Bundesregierung im aktuellen Konflikt, die sich unter anderem durch die pauschale Aussetzung der Finanzierung der UNRWA, die Nicht-Benennung von Kriegsverbrechen durch Israel oder die Unterminimierung der Autorität des Internationalen Gerichtshofs im Fall Südafrika vs. Israel zeigt, die Glaubwürdigkeit der von der Bundesregierung angekündigten menschenrechtsbasierten Außenpolitik in nachhaltiger Weise schädigt. Daher appellieren wir in aller Dringlichkeit an Sie, Menschenrechten und dem Internationalen Recht konsequent und mit Blick auf alle Konfliktparteien zur Durchsetzung zu verhelfen.

Wir freuen uns, Ihnen im Rahmen eines Gespräches unsere oben genannten Bedenken zu erörtern oder Ihnen weitere Informationen zukommen zu lassen, die Sie benötigen.

Mit freundlichen Grüßen,



Dr. Julia Duchrow

Generalsekretärin

<sup>4</sup> The Times of Israel, "Defense minister announces 'complete siege' of Gaza: No power, food or fuel", 9 October 2023, [https://www.timesofisrael.com/liveblog\\_entry/defense-minister-announces-complete-siege-of-gaza-no-power-food-or-fuel/](https://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/defense-minister-announces-complete-siege-of-gaza-no-power-food-or-fuel/) ; The Guardian, "Israeli ministers reportedly considering limiting aid entering Gaza", 1 February 2024, <https://www.theguardian.com/world/2024/feb/01/israeli-ministers-reportedly-considering-limiting-aid-entering-gaza>

